



25.06.2026

**Presseinformation der Melde- und Informationsstelle
Antiziganismus Hessen (MIA Hessen) und der Recherche- und
Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen)**

Alle starten in die Sommerferien ...

MIA Hessen und RIAS Hessen geben Hausaufgaben mit

MIA Hessen und RIAS Hessen sind seit 2024 Kooperationspartnerinnen. Die beiden Einrichtungen stehen jeweils Betroffenen von Antiziganismus und Antisemitismus solidarisch zur Seite, dokumentieren Vorfälle aus diesen Phänomenbereichen nach wissenschaftlichen Kriterien, erarbeiten qualitative Analysen und streben an, die Gesellschaft für diese Ungleichheitsideologien zu sensibilisieren. Sowohl MIA Hessen als auch RIAS Hessen dokumentieren antiziganistische bzw. antisemitische Vorfälle nicht nur oberhalb, sondern auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, denn oftmals werden diese Hintergründe als Motivlage unabhängig von ihrer juristischen Verfolgbarkeit etwa als Beleidigung nicht ausreichend berücksichtigt oder sind juristisch nicht greifbar. Zudem geht es darum, ein Lagebild zu schaffen, das den alltagsprägenden Charakter antiziganistischer wie antisemitischer Erfahrungen abbildet und zugleich das Spannungsfeld von bspw. jüdischer Sichtbarkeit und jüdischer Sicherheit zu beleuchten oder auch, um zu unterstreichen, wie sehr die eigene Identität in Minderheiten mittlerweile verborgen wird.

Am 9. Juni 2026 stellte die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus mit Sitz in Berlin ihren Jahresbericht über die bundesweit dokumentierten antiziganistischen Vorfälle aus dem Jahr 2025 vor. 2025 dokumentierte MIA bundesweit 2.076

antiziganistische Vorfälle. Davon sind 1.193 der Vorfallart (non)verbale Stereotypisierung und Herabwürdigung, 738 der Vorfallart Diskriminierung zuzuordnen. MIA verzeichnete darüber hinaus 55 Angriffe, 41 Sachbeschädigungen, 41 Bedrohungen und acht Vorfälle extremer Gewalt. Die antiziganistischen Vorfälle können in verschiedenen Lebensbereichen verortet werden. 376 Vorfälle davon fallen in den Bereich Bildung. Davon fanden die meisten Vorfälle in Schulen statt.

In die bundesweite Statistik sind auch die antiziganistischen Vorfälle aus Hessen eingeflossen. Hessenweit wurden 162 antiziganistische Vorfälle dokumentiert, 41 Vorfälle wurden im Bildungsbereich dokumentiert. Dabei haben wir im Vergleich mit dem letzten Jahr ein konstant hohes Niveau antiziganistischer Vorfälle dokumentiert. Betroffene und Zeug*innen vertrauen unserer Arbeit immer stärker und melden antiziganistische Vorfälle. Durch Abhängigkeitsverhältnisse, auch im Schulkontext können Betroffene davor zurückschrecken, antiziganistische Vorfälle zu melden. Rinaldo Strauß, einer der beiden Projektleiter von MIA Hessen, berichtet von der Arbeit der Meldestelle:

„Da es oft kein Vertrauen von Betroffenen in staatliche Strukturen gibt, braucht es unabhängige Meldestellen. Wir machen immer wieder die Erfahrung, dass Betroffene aus Gründen des Selbstschutzes antiziganistischen Vorfällen auch im Schulkontext nicht nachgehen, weil sie bei einer offiziellen Meldung negative Folgen für ihre Kinder befürchten. Wir erleben in unserer Arbeit immer wieder, dass Schulen den bestehenden Antiziganismus nicht erkennen und daher nicht auf antiziganistische Vorfälle reagieren. So wird der Antiziganismus an Schulen heruntergespielt und/oder Betroffene werden von staatlichen Strukturen im Stich gelassen.“

Sowohl an MIA Hessen als auch an unsere Trägerorganisationen wenden sich immer wieder engagierte Lehrer*innen, die im Unterricht Antiziganismus behandeln wollen. Diese Entwicklung betrachten wir als sehr positiv, jedoch braucht es eine

antiziganismussensible Kultur an den Schulen, die nicht auf dem Engagement Einzelner basiert.

Joachim Brenner, Projektleiter von MIA Hessen, geht auf die Situation von zugewanderten Roma ein: „Insbesondere Roma Migrant:innen und Geflüchtete sind aufgrund der oft desolaten sozialen Situation und der damit verbundenen Verletzlichkeit rassistischer Diskriminierung ausgesetzt, wie der Jahresbericht 2025 von MIA Hessen ausführt. Ein Teil davon beschreibt Ausgrenzungen im schulischen Bereich, die oft weitreichende Konsequenzen für Motivation und Lernverhalten betroffener Schüler:innen haben. Vorfälle, die von mangelnder Sensibilität bis hin zur offenen Ignoranz reichen, werden im Schulbetrieb nicht angemessen dokumentiert und weitergeleitet. Die Folge dieser administrativen Unterlassung führt zur Leugnung oder Verharmlosung von Antiziganismus in Verwaltung und Politik.“

Der 4. Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus

„Antiziganistische Vorfälle 2025 in Deutschland“ ist zu finden unter:

<https://www.antiziganismus-melden.de/2026/06/09/die-melde-und-informationsstelle-antiziganismus-mia-veroeffentlicht-ihren-3-jahresbericht-zu-antiziganistischen-vorfaellen-in-deutschland-die-vorfallzahl-ist-im-vergleich-zum-vorjahr-um-ca-40-gest-2/>

RIAS Hessen veröffentlichte am 20. Mai 2026 den Jahresbericht 2025. RIAS Hessen dokumentierte zwischen dem 1. Januar 2025 und dem 31. Dezember 2025 insgesamt 1099 antisemitische Vorfälle. Dies bedeutet im Vergleich mit 2024 eine Steigerung um 18 Prozent. 2025 wurden in Hessen 27 antisemitische Angriffe, 41 Bedrohungen und 58 gezielte Sachbeschädigungen dokumentiert. Hinzu kamen 13 Massenzuschriften und 930 Vorfälle verletzendes Verhalten – täglich gab es in Hessen 2025 durchschnittlich drei antisemitische Vorfälle. Es ist zu sehen, wie eine Normalisierung von Antisemitismus um sich greift. Dies betrifft auch den Bildungsbereich, insbesondere Hochschulen und Schulen. In Bildungseinrichtungen stieg die Anzahl antisemitischer Vorfälle 2025 im Vergleich zu 2024 um sechs Prozent. In Zahlen: von 178 auf 190 Vorfälle. Aus Schulen wurden 71 Vorfälle bekannt (2024: 48 Vorfälle), wobei es zusätzlich neun Vorfälle gab, die sich im Internet abspielten, aber Schulen direkt betrafen. Bekannt wurden an Schulen in Hessen eine Bedrohung und drei Angriffe. Hinzu kamen 68 Fälle verletzenden Verhaltens. Dem antisemitischen Otherring wurden 47 Vorfälle zugeordnet, 36 Vorfälle dem Post-Shoah-Antisemitismus. Erschreckend ist, dass in Schulen sieben Mal ein Bezug zum Töten durch Gas formuliert und sieben Mal die Shoah gutgeheißen wurde. Israelbezogener Antisemitismus wurde 19-mal dokumentiert, bspw. indem sich jüdische Personen zum Staat Israel erklären sollten oder der Staat Israel delegitimiert wurde; in acht Fällen gab es Bezüge zum 7. Oktober 2023. Sieben Mal wurde Antijudaismus und sechs Mal moderner Antisemitismus, bspw. Verschwörungserzählungen, verbreitet. 14-mal kam es zu einer abwertenden Bezeichnung in Zusammenhang mit dem Wort Jude.

Hinweis: Die meisten dieser Vorfälle aus Schulen können zum Schutz der in den Schulen Betroffenen oder auf Wunsch der Schulleitungen nicht detailliert beschrieben werden.

„Antisemitismus ist auch im schulischen Kontext keine Ausnahmerecheinung. Am ehesten wird noch Holocaust-Leugnung erkannt oder NS-Symboliken verurteilt. Es ist jedoch so, dass der Umgang mit anderen Erscheinungsformen, insbesondere dem Otherring und dem israelbezogenen Antisemitismus, in Schulen oft schwerfällt. Vieles

wird ‚kontextualisiert‘ oder darauf verwiesen, man müsse ‚beide Seiten sehen‘. Jüdische Personen in Schulen, ob im Lehrpersonal oder in den Klassen, erfahren dadurch Verunsicherung und Vereinsamung.“ – so Dr. Susanne Urban, Projektleitung RIAS Hessen.

Prof. Dr. Julia Bernstein (University of Applied Sciences Frankfurt) stellt klar: „Aus meiner Forschung zu Antisemitismus an Schulen wissen wir, dass antisemitische Vorfälle keine Randerscheinung sind, sondern zum schulischen Alltag vieler jüdischer Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte gehören. Besonders seit dem 7. Oktober 2023 beobachten wir eine deutliche Verschärfung der Situation: Jüdische Betroffene berichten von Verunsicherung, Rückzugstendenzen, Angst vor Sichtbarkeit und einer zunehmenden Normalisierung antisemitischer Äußerungen. Dabei treten antisemitische Vorfälle häufig nicht isoliert auf, sondern spiegeln gesellschaftliche Konflikte und Polarisierungen wider. Um diese Entwicklungen systematisch zu untersuchen, führen wir derzeit im Rahmen eines vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) geförderten Verbundprojekts eine umfassende qualitative und quantitative Studie zu Antisemitismus im Kontext Schule durch. Ziel ist es, Erscheinungsformen, Ursachen und Dynamiken antisemitischer Vorfälle sowie deren Auswirkungen auf Betroffene wissenschaftlich fundiert zu analysieren und damit eine Grundlage für wirksame Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu schaffen.“

Der Jahresbericht 2025 der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen ist zu finden unter: <https://rias-hessen.de/report/jahresbericht-rias-hessen-2025/>

Gemeinsame Forderungen von MIA Hessen und RIAS Hessen

Die erschreckend hohen Zahlen antisemitischer und antiziganistischer Vorfälle – auch und gerade im Bildungskontext – und dem Bewusstsein, dass es zudem eine hohe Dunkelziffer gibt, bewegen uns zu folgenden Überlegungen und Forderungen:

_Antisemitismus und Antiziganismus sind gesamtgesellschaftliche Phänomene und dürfen nicht verleugnet werden.

_Die Existenz von Antisemitismus und Antiziganismus in Bildungseinrichtungen muss anerkannt werden. Schulleitungen, Lehrpersonal, aber auch Lehramtsstudierende müssen antisemitismuskritisch, antiziganismuskritisch und betroffenenensibel fortgebildet werden.

_Es geht um die Vermittlung eines differenzierten Bildes von jüdischer Geschichte, Gegenwart und jüdischen Traditionen durch die Berücksichtigung und Darstellung einer Vielzahl von Perspektiven, Stimmen, Identitäten. Es braucht die Vermittlung eines fundierten Verständnisses von Antisemitismus, seinen Ursprüngen, Ausprägungen und Auswirkungen sowie Kontinuitäten in der Gesellschaft.

_Genauso sollte über die Existenz von Antiziganismus und die jahrhundertelange Verfolgung von Sinti und Roma in Schulen und der Lehramtsausbildung aufgeklärt werden.

Lehrer*innen können erst dann kompetent zu Antisemitismus und Antiziganismus unterrichten, wenn sie selbst zu diesen Themen fortgebildet sind.

Im Schulkontext braucht es immer eine Anerkennung der Erfahrungen der von Antisemitismus und Antiziganismus Betroffenen. Die Präsenz jüdischer Personen und von Sinti und Roma muss mitgedacht, nicht als Ausnahme angenommen werden.

Neben der Berücksichtigung im Unterricht muss Betroffenenenschutz hinsichtlich beider Phänomene an Schule und Bildungseinrichtungen oberste Priorität einnehmen.

Lehrer*innen müssen dahingehend geschult sein, sodass im Schulalltag adäquat reagiert werden kann. Zusätzlich braucht es Strategien, um zu vermeiden, dass ein gewaltvolles Klima an Schulen für die Betroffenen entsteht, diese sich alleingelassen und stigmatisiert fühlen, Antisemitismus und Antiziganismus verharmlost oder geleugnet wird.

Kontakt MIA Hessen:
Leonie Zander
E-Mail: mia-hessen@mia-bund.de
Telefon: 0179-7347787

Gefördert vom  Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!



HESSEN
Hessisches Ministerium
für Arbeit, Integration,
Jugend und Soziales

Kontakt RIAS Hessen:
Susanne Urban
susanne.urban@rias-hessen.de
0151 24003697

Gefördert vom  Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE
UND GEGEN EXTREMISMUS